

Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen geordnete Darstellung zur Examensvorbereitung

Bearbeitet von
Prof. Dr. Dres. h.c. Dieter Medicus, Prof. Dr. Jens Petersen

26. Auflage 2017. Buch. XXXII, 511 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8006 5462 8
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilrecht > Zivilrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Medicus · Petersen | Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen
geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung

Begründet von

Dr. Dres. h. c. Dieter Medicus

weiland Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

seit der 24. Auflage allein fortgeführt von

Dr. Jens Petersen

Professor an der Universität Potsdam

26., neu bearbeitete Auflage 2017

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Medicus/Petersen* BürgerlR Rn.



www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 5462 8

© 2017 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 26. Auflage

Die Neuauflage steht vor der darstellungsmäßigen Schwierigkeit, das Gesetz zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung einzuarbeiten, das erst am 1.1.2018 in Kraft tritt. Wegen der vergleichsweise geringen Zwischenzeit werden sogleich die neuen Vorschriften zitiert. An den neuralgischen Punkten findet sich aber ein klärender Hinweis. Bedauerlicherweise ändert sich durch die Neuregelung die Zählung prüfungsrelevanter Vorschriften, wie etwa des § 476, aus dem § 477 wird. Ich nehme dies zum Anlass, einen Rat, den *Dieter Medicus* in dem unten abgedruckten Vorwort der Erstauflage gegeben hat, nochmals zu betonen: das sorgfältige Nachschlagen der Vorschriften.

In den Fußnoten haben sich im Laufe von fast 50 Jahren viele Schrifttums- und Rechtsprechungsnachweise angesammelt, die Studierenden heute keine Hilfe mehr für die Examensvorbereitung sein können, sondern eher zusätzlichen Ballast bedeuten. Diese Nachweise habe ich gestrichen.

Ich danke *Frithjof Schulz* und besonders *Dr. Lars Rüblicke* für ihre Anregungen, Diskussionen und Vorschläge. Bei den Registern und der Durchsicht des Manuskripts haben mir *Sophia Obst*, *Isabel Jasiek* und *Daniel May* geholfen.

Potsdam, Juni 2017

Jens Petersen

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)

Dieses Buch setzt ein bestimmtes Grundlagenwissen im bürgerlichen Recht voraus. Adressat ist also der Vorgerückte: Ihm soll die Möglichkeit gegeben werden, im Examen besonders häufig vorkommende Einzelfragen auf knappem Raum beieinander zu finden. Dazu war naturgemäß eine Auswahl nötig, die durch meine eigenen Vorstellungen und Erfahrungen beeinflusst worden ist. Konzentriert habe ich mich vor allem auf die Fragen, deren Lösung dem Gesetzeswortlaut nicht ohne Weiteres entnommen werden kann. Gerade deshalb aber bildet das Gesetz die unentbehrliche Basis für das Verständnis des Buches: Das sorgfältige Nachschlagen der angeführten Vorschriften kann dem Leser nicht warm genug ans Herz gelegt werden.

Meine Ziele sind Wiederholung und Vertiefung. Der Vertiefung insbesondere soll es dienen, dass der Stoff ohne Rücksicht auf die Einteilung des BGB und mit Übergriffen in das Handelsrecht dargeboten wird. Dadurch ergeben sich Parallelen und Vergleichsmöglichkeiten zwischen Institutionen, die im Gesetz und deshalb oft auch in den systematischen Vorlesungen und Lehrbüchern weit voneinander entfernt stehen.

Zur Veranschaulichung sollen die zahlreichen eingestreuten Fälle dienen, die ich möglichst der neueren Rechtsprechung entnommen habe. Aber diese Fälle sind immer nur

als Beispiele zu verstehen: Mir scheint die Gefahr allzu groß, dass die oft nur dunkle Erinnerung an den irgendwo schon einmal gehörten oder gelesenen Fall den Blick auf das Gesetz verstellt. Die nicht seltene Erscheinung, dass sich die in den Klausuren erzielten Noten mit fortschreitendem Studium verschlechtern, dürfte hiermit zusammenhängen. Daher habe ich mich bemüht, auch die systematischen Zusammenhänge hervortreten zu lassen.

Bei den Zitaten aus der Rechtsprechung habe ich die Sachverhalte, die den besprochenen Entscheidungen zugrunde liegen, vielfach vereinfacht und bisweilen auch geändert. Das war nötig, um die Sachfragen klarer hervortreten zu lassen.

Dieter Medicus


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 26. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Der Anspruchsaufbau	1
I. Die Anspruchsnorm als Ausgangspunkt	1
II. Die Reihenfolge der Prüfung von Anspruchsnormen	3
III. Die Prüfung von Einwendungen	7
§ 2 Grenzen des Anspruchsaufbaus	8
I. Andere Fallfragen	8
II. Prozessuale Vorfragen	10
1. Abschnitt. Ansprüche aus Vertrag	13
§ 3 Verpflichtende und verfügende Verträge	13
I. Unterschiede zwischen Verpflichtung und Verfügung	13
II. Verpflichtung, Verfügung und causa	18
1. Kapitel. Das Zustandekommen von Schuldverträgen	21
§ 4 Der Vertragsschluss	21
I. Zugangsprobleme	22
II. Das Schweigen nach bürgerlichem Recht	25
III. Das Schweigen im Handelsrecht	26
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen	29
§ 5 Die Stellvertretung	34
I. Abgrenzung der Stellvertretung	34
II. Der Offenheitsgrundsatz	37
III. Die Vertretungsmacht	41
IV. Schadensersatz bei Vertretung ohne Vertretungsmacht	51
§ 6 Willensmängel	53
I. Abgrenzungsfragen zu §§ 119–122 BGB	53
II. Nichtigkeit wegen Willensmängeln	54
III. Irrtumsfälle nach § 119 I BGB	57
IV. Irrtumsfälle nach § 119 II BGB	60
V. Irrtumsfolgen	62
VI. Sonderregelungen des Irrtums	63
VII. Probleme des § 123 BGB	64
§ 7 Die Geschäftsgrundlage	68
I. Vorfragen	68
II. Abgrenzung der Geschäftsgrundlage	68
III. Die Prüfung der Geschäftsgrundlage	72
§ 8 Fragen des Minderjährigenrechts	75
I. »Lediglich rechtlicher Vorteil«	75
II. Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	77
III. Außervertragliche Haftung	78
§ 9 Formfragen	81
I. Formbedürftigkeit	81
II. Mangel der durch Gesetz bestimmten Form (§ 125 S. 1 BGB)	82
III. Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form (§ 125 S. 2 BGB)	85

§ 10 Vertragsansprüche ohne Vertrag	87
I. Erfüllungsansprüche	87
II. Ansprüche auf Schadensersatz	90
2. Kapitel. Die Wirkung von Schuldverträgen	95
§ 11 Übersicht über die Pflichten aus Schuldverträgen	95
I. Primär- und Sekundärpflichten	95
II. Haupt- und Nebenleistungspflichten	96
III. Schutzpflichten (nichtleistungsbezogene Nebenpflichten)	96
IV. Primär- und Sekundärpflichten bei der OHG (§ 128 HGB)	99
§ 12 Das Synallagma (Gegenseitiger Vertrag)	102
I. Anwendungsbereich des Synallagma	102
II. Wirkungen des Synallagma	104
§ 13 Allgemeines Leistungsstörungenrecht	116
I. Einteilung	116
II. Arten der Pflichtverletzung	118
III. Stückschuld, Gattungsschuld, Geldschuld	126
IV. Vertretenmüssen	131
V. Gefahrtragung	135
VI. Die Reihenfolge der Prüfung von Leistungsstörungen	138
§ 14 Einzelne Vertragstypen	139
I. Der Kauf	139
II. Andere Schuldverhältnisse	170
§ 15 Verbraucherschutzrecht	182
I. Ausgangspunkt	182
II. Überblick	182
III. Einzelprobleme	185
§ 16 Unentgeltliche Geschäfte	192
I. Abgrenzung Rechtsgeschäft – Gefälligkeitsverhältnis	192
II. Abgrenzung bei der Schenkung	196
III. Die Schwächen des unentgeltlichen Erwerbs	200
IV. Rechtsgrundlos = unentgeltlich?	203
V. Die Schenkung von Todes wegen	204
2. Abschnitt. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	213
§ 17 Übersicht über die Geschäftsführungsverhältnisse	213
I. Arten der Geschäftsführung	213
II. Geschäftsführung für einen anderen	214
III. Die unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	220
§ 18 Einzelheiten der Geschäftsführung ohne Auftrag	222
I. Berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung	222
II. Rechtsfolgen der Geschäftsführung ohne Auftrag	224
III. Schema für die §§ 17 und 18	228
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	229
§ 19 Übersicht über die dinglichen Ansprüche	229
I. Begriff	229
II. Überblick	229
III. Eigenarten der dinglichen Ansprüche	232
IV. Die eigene Störungsregelung für dingliche Ansprüche	236
V. Zusammenfassung zu III und IV	238
§ 20 Anwartschaften	239
I. Typische Anwartschaften	239
II. Der Schutz der Anwartschaften	241
III. Übertragung und Erwerb der Anwartschaft	247
IV. Die Abhängigkeit der Anwartschaften von ihrem schuldrechtlichen Bestandteil	250
V. Einzelfragen zur Anwartschaft bei bedingtem Rechtserwerb	252
VI. Anwartschaft und Anwartschaftsrecht	255
§ 21 Fiduziarische Sicherungsrechte	256
I. Arten der Treuhand und Gründe der Sicherungstreuhand	256

II. Komplikationen bei der fiduziarischen Sicherung	258
III. Die Erfüllung der zu sichernden Forderung	260
IV. Wirkungen des Sicherungszwecks gegenüber Dritterwerbenden des Sicherungsguts	262
V. Die fiduziarische Sicherung in Zwangsvollstreckung oder Insolvenz	265
VI. Die Verarbeitungsklausel bei Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübereignung	266
VII. Das Bestimmtheitserfordernis bei Sicherungsübereignung und Sicherungszession	269
VIII. Das Zusammentreffen von verlängertem Eigentumsvorbehalt und Sicherungszession	270
§ 22 Der Erwerb vom Nichtberechtigten kraft Rechtsscheins	274
I. Möglichkeiten des rechtsgeschäftlichen Erwerbs	274
II. Allgemeines zum redlichen Erwerb	280
III. Einzelfragen zum Grundbuch	283
IV. Einzelfragen zum Besitz	287
V. Der Erbschein	292
§ 23 Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und der Erbschaftsanspruch	295
I. Zweck der Sonderregelungen	295
II. Übersicht zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	296
III. Die Redlichkeit beim Besitzerwerb durch Gehilfen	297
IV. Verhältnis §§ 985 ff. BGB – Vertrag	298
V. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Delikt	303
VI. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Bereicherungsrecht	303
VII. Besonderheiten beim Erbschaftsanspruch	308
4. Abschnitt. Ansprüche aus Delikt	313
§ 24 Probleme des Deliktsrechts	313
I. Haftung aus Unrecht und Gefährdung	313
II. Haftung aus verschuldetem Unrecht	313
III. Die Ergänzung der Ansprüche auf Schadensersatz durch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	326
IV. Gefährdungshaftung	328
V. Beeinflussung durch Vertragsrecht	332
§ 25 Die Verkehrspflichten	334
I. Die Funktion der Verkehrspflichten	334
II. Begründung und Umfang von Verkehrspflichten	336
III. Zusammenfassung	345
IV. Einzelheiten zur Verkehrspflicht	346
5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	349
§ 26 Übersicht zum Bereicherungsrecht	349
I. Funktionen der §§ 812 ff. BGB	349
II. Wandlungen in der Lehre von der ungerechtfertigten Bereicherung	350
§ 27 Die Leistungskondiktion	352
I. Leistungsbegriff und Wertungsfragen	352
II. Einzelne Dreipersonenverhältnisse	353
III. Gründe für die Leistungskondiktion	365
§ 28 Die Eingriffskondiktion	375
I. Begriff	375
II. Eingriffsobjekt und Eingriff	375
III. Die Parteien der Eingriffskondiktion	377
IV. Der Inhalt der Eingriffskondiktion	379
V. Leistung und Eingriff	383
6. Abschnitt. Einwendungen	387
§ 29 Übersicht	387
I. Einwendung und Einrede	387
II. Funktion einer Einteilung der Einwendungen	388
III. Einteilung von den Ansprüchen her	388
§ 30 Erfüllung und Erfüllungssurrogate	391
I. Erfüllung	391
II. Erfüllungssurrogate	393

§ 31 Der Verlust von Einwendungen	396
I. Schuldrecht und Sachenrecht	396
II. Übertragung pfandrechtsgesicherter Forderungen	396
III. Feststellungsverträge	398
IV. Fremdfinanzierte Abzahlungsgeschäfte	400
7. Abschnitt. Sonderfragen	403
§ 32 Schadensersatzpflichten aus dem Verhalten Dritter	403
I. Handlungs- und Gefährdungshaftung	403
II. Tatbestandsgruppen	403
III. Einzelfragen der Organhaftung	408
IV. Einzelfragen zu § 278 BGB	411
V. Einzelfragen zu § 831 BGB	416
§ 33 Probleme des Schadensrechts	418
I. Aufbaufragen	418
II. Schadensbegriff und Ersatzarten	418
III. Vermögens- und Nichtvermögensschaden	421
IV. Die Tendenzen zum Ersatz von Drittschaden	429
V. Die Wirkung von Reserveursachen (»hypothetische Kausalität«)	437
VI. Vorteilsausgleichung	439
VII. Vorhaltekosten	442
VIII. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	443
§ 34 Verwendungen auf fremde Sachen	447
I. Terminologie	447
II. Arten der Verwendungen	448
III. Übersicht über die Rechtsfolgen aus Verwendungen	449
IV. Grundlagen für Ansprüche auf Verwendungsersatz	451
V. Insbesondere die Kondition von Verwendungen	452
VI. Einzelfragen zum Wegnahmerecht	458
§ 35 Der Rückgriff (Regress)	460
I. Übersicht	460
II. Einzelfragen zu § 426 BGB	463
III. Sonderfragen beim Rückgriff des Bürgen	469
IV. Der Rückgriff nach Geschäftsführungs- und Bereicherungsrecht	471
Gesetzesregister	477
Sachregister	489
Besonders wichtige Entscheidungen	505

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 26. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Der Anspruchsaufbau	1
I. Die Anspruchsnorm als Ausgangspunkt	1
1. Ziel des Anspruchsaufbaus	1
2. Das Finden der Anspruchsnorm	1
3. Mehrheit von Anspruchszielen	2
4. Die Frage nach der Rechtslage	2
II. Die Reihenfolge der Prüfung von Anspruchsnormen	3
1. Ziel der Reihenfolge	3
2. Regeln für die Reihenfolge	3
a) Vertrag	4
b) Culpa in contrahendo	4
c) Geschäftsführung ohne Auftrag	4
d) Dingliche Ansprüche	5
e) Delikt und ungerechtfertigte Bereicherung	5
3. Mehrere Normen in einer Gruppe	5
4. Probleme beim Vertragstyp	6
5. Logischer Vorrang von Tatbestandsmerkmalen	6
III. Die Prüfung von Einwendungen	7
§ 2 Grenzen des Anspruchsaufbaus	8
I. Andere Fallfragen	8
1. Fragen nach der dinglichen Rechtslage	8
2. Rechtsgestaltung und -durchsetzung	9
II. Prozessuale Vorfragen	10
1. Zulässigkeit und Begründetheit	10
2. Die unzulässige Klage	10
3. Vorrangige materiellrechtliche Fragen	11
1. Abschnitt. Ansprüche aus Vertrag	13
§ 3 Verpflichtende und verfügende Verträge	13
I. Unterschiede zwischen Verpflichtung und Verfügung	13
1. Schuldrecht und Sachenrecht	13
2. Die materiellrechtliche Zuständigkeit	14
3. Die Bindung	16
II. Verpflichtung, Verfügung und causa	18
1. Der Ausgangspunkt	18
2. Korrekturen	18
a) Schuldverträge ohne klagbare Erfüllungsansprüche	19
b) Abstrakte Verpflichtungen	20
c) Bloße Zweckabreden	20
1. Kapitel. Das Zustandekommen von Schuldverträgen	21
§ 4 Der Vertragsschluss	21
I. Zugangsprobleme	22
1. Zugangserfordernisse	22
2. Erklärung unter Anwesenden	23

3. Nichtverkörperte Erklärungen	23
4. Zugang und Auslegung	24
5. Zugangsverzögerung	24
II. Das Schweigen nach bürgerlichem Recht	25
1. Das Schweigen als Ablehnung	25
2. Das Schweigen als Zustimmung	25
3. Sonderfälle	26
III. Das Schweigen im Handelsrecht	26
1. Schweigen mit Erklärungswirkung	26
2. Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	27
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen	29
1. Problematik und Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	29
2. Einführung in den Einzelvertrag	30
3. Inhaltskontrolle der AGB	31
4. Die beiderseitige Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	32
5. Inhaltskontrolle notarieller Verträge	33
§ 5 Die Stellvertretung	34
I. Abgrenzung der Stellvertretung	34
1. Botenschaft	34
2. Einzelheiten zur Falschübermittlung durch Boten	35
3. Handeln unter fremdem Namen	35
4. Handeln unter falscher Namensangabe	36
5. Die Organschaft	37
II. Der Offenheitsgrundsatz	37
1. Die Regel	37
2. Abweichungen	38
a) § 1357 BGB	38
b) Geschäft für den, den es angeht	39
c) Dingliche Surrogation	40
III. Die Vertretungsmacht	41
1. Erteilung und Erlöschen der Vollmacht	41
2. Willensmängel bei der Bevollmächtigung	42
a) Die ausgeübte Innenvollmacht	42
b) Die kundgemachte Innenvollmacht	42
3. Vollmacht, Rechtsschein und Verschulden	43
a) Gleichsetzung von Duldungs- und Anscheinsvollmacht	43
b) Unterscheidung	44
c) Zusammenfassung	44
4. Handelsrechtlicher Verkehrsschutz	45
a) Scheinkaufmann	45
b) Negative Publizität des Handelsregisters	46
c) Ergänzendes Gewohnheitsrecht	47
d) Positive Publizität des Handelsregisters	47
e) Unterschiede zwischen Eintragung und Bekanntmachung	48
f) Die Vertretungsmacht von Ladenangestellten	48
g) Abgrenzung	48
5. § 181 BGB und Missbrauch der Vertretungsmacht	49
a) Insichgeschäfte	49
b) Missbrauch der Vertretungsmacht	50
c) Unbeschränkbare Vertretungsmacht	50
IV. Schadensersatz bei Vertretung ohne Vertretungsmacht	51
1. Ansprüche gegen den Vertreter	52
2. Ansprüche gegen den Vertretenen	52
3. Haftung bei der Untervollmacht	52
§ 6 Willensmängel	53
I. Abgrenzungsfragen zu §§ 119–122 BGB	53
1. Primat der Auslegung	53
2. Falsa demonstratio	53
3. Dissens	54

II. Nichtigkeit wegen Willensmängeln	54
1. Scheingeschäft und fiduziarisches Geschäft	54
2. Strohmannesgeschäfte	55
3. Mindestanforderungen an die Willensgrundlage	55
a) Handlungswille	55
b) Erklärungswille	56
c) Geschäftswille?	57
III. Irrtumsfälle nach § 119 I BGB	57
1. Die gesetzliche Regelung	57
2. Weitere Fallgruppen	58
a) Rechtsfolgeirrtum	58
b) Kalkulationsirrtum	59
IV. Irrtumsfälle nach § 119 II BGB	60
1. Einzelheiten	60
2. Ausschluss von § 119 II BGB	61
V. Irrtumsfolgen	62
VI. Sonderregelungen des Irrtums	63
1. §§ 2078 ff., 2281 ff. BGB	63
2. § 1949 BGB	63
3. §§ 1954, 2308 BGB	64
VII. Probleme des § 123 BGB	64
1. »Dritter« bei § 123 BGB	64
2. Verhältnis von § 123 BGB und culpa in contrahendo	65
§ 7 Die Geschäftsgrundlage	68
I. Vorfragen	68
II. Abgrenzung der Geschäftsgrundlage	68
1. Vorrangige Sonderregeln	68
2. Vorrang der Auslegung	68
3. Perplexität	69
4. Abgrenzung zur Unmöglichkeit	69
a) Leistungserschwerung	69
b) Zweckstörung	70
c) Äquivalenzstörung	71
5. Motivirrtum	71
6. Kondition wegen Zweckverfehlung	72
III. Die Prüfung der Geschäftsgrundlage	72
1. Was ist Geschäftsgrundlage?	72
a) Elemente der Geschäftsgrundlage	72
b) Regelmäßig unbeachtliche Umstände	73
2. Wann fehlt die Geschäftsgrundlage oder ist sie weggefallen?	73
3. Rechtsfolgen aus Fehlen und Wegfall der Geschäftsgrundlage	74
§ 8 Fragen des Minderjährigenrechts	75
I. »Lediglich rechtlicher Vorteil«	75
1. Leistungen an den Minderjährigen	75
2. Annahme von Schenkungen	75
II. Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	77
1. Arten der Einwilligung	77
2. Geschäfte über das Surrogat	78
III. Außervertragliche Haftung	78
1. Bereicherungshaftung	78
2. Haftung für culpa in contrahendo	79
§ 9 Formfragen	81
I. Formbedürftigkeit	81
1. Zusammengesetzte Verträge	81
2. Form von Maklerverträgen über ein Grundstück	81
II. Mangel der durch Gesetz bestimmten Form (§ 125 S.1 BGB)	82
1. Bewusste Nichtbeachtung der Form	82
2. Täuschung über die Formbedürftigkeit	82
3. Versehentliche Nichtbeachtung der Form	83

4. Formmangelhafte Verfügungen	84
5. Formbedürftigkeit bei der Vollmachtserteilung	84
III. Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form (§ 125 S. 2 BGB)	85
1. Vorkommen von Formvereinbarungen	85
2. Unterschiede zum Mangel der gesetzlichen Form	85
3. Vorbehalt schriftlicher Bestätigung und Vertretungsmacht	86
§ 10 Vertragsansprüche ohne Vertrag	87
I. Erfüllungsansprüche	87
1. Sozialtypisches Verhalten	87
a) Bedenken	87
b) Andere Lösungsmöglichkeiten	88
c) Fortleben der Lehre vom sozialtypischen Verhalten in der Rechtsprechung	88
2. Ausgeführte Eingliederungsverhältnisse auf mangelhafter Vertragsgrundlage	89
a) Verdrängung der Unwirksamkeitsnorm	89
b) Einschränkungen	89
c) Zusammenfassung	90
II. Ansprüche auf Schadensersatz	90
1. Culpa in contrahendo	91
2. Haftung Dritter	92
a) Vertreter bei Vertragsverhandlungen	92
b) Erweiterungen	92
3. Schlechtleistung ohne Vertrag	93
4. Drittschutz aus unwirksamem Vertrag	94
5. Einheitliches gesetzliches Schuldverhältnis	94
2. Kapitel. Die Wirkung von Schuldverträgen	95
§ 11 Übersicht über die Pflichten aus Schuldverträgen	95
I. Primär- und Sekundärpflichten	95
II. Haupt- und Nebenleistungspflichten	96
III. Schutzpflichten (nichtleistungsbezogene Nebenpflichten)	96
1. Überblick und Einteilung	96
2. Haftungsmilderungen	97
3. Verjährung	98
IV. Primär- und Sekundärpflichten bei der OHG (§ 128 HGB)	99
1. Gleichheit von Gesellschafts- und Gesellschafterschuld	99
2. Gesellschafterhaftung nur auf Schadensersatz?	99
3. Vermittelnde Lösungen	99
4. Dingliche Ansprüche gegen den Besitzer	100
§ 12 Das Synallagma (Gegenseitiger Vertrag)	102
I. Anwendungsbereich des Synallagma	102
1. Gegenseitige Verträge	102
2. Die Gesellschaft	103
3. Entgeltlicher Erbverzicht	103
II. Wirkungen des Synallagma	104
1. Genetisches Synallagma	104
2. Funktionelles Synallagma	104
a) Abhängigkeit bei der Durchsetzung	104
b) Einrede und Schuldnerverzug	105
c) Besonderheiten	106
d) Abhängigkeit beim Fortbestehen	108
3. Das Synallagma bei der Rückabwicklung	108
a) Rücktritt	108
b) Bereicherungsrecht (Saldotheorie)	108
aa) Saldierung gleichartiger Leistungen	109
bb) Saldierung bei Bereicherungswegfall	109
cc) Einseitig ausgeführte Verträge	110
dd) Bedenken gegen die Saldotheorie	110
c) Rücktrittsrechtliche Wertungen und Saldotheorie	110
d) Saldotheorie und Normzweck	113
e) Rücktrittsfolgenrecht und Bereicherungsrecht	114

§ 13 Allgemeines Leistungsstörungenrecht	116
I. Einteilung	116
1. Pflichtverletzung und Rechtsfolgen	116
2. Insbesondere der Schadensersatz	116
II. Arten der Pflichtverletzung	118
1. Nichterbringung der Leistung	118
2. Leistungsverzögerung	121
3. Andere Pflichtverletzungen	124
4. Einfluss der Verbraucherrechte-Richtlinie	125
III. Stückschuld, Gattungsschuld, Geldschuld	126
1. Geldschuld	126
a) Schuldnerverzug	126
b) Ausnahme: Entlastung bei Unvermögen	126
2. Gattungsschuld vor der Konkretisierung	127
a) Objektive Unmöglichkeit	127
b) Andere Leistungsstörungen	128
3. Konkretisierung der Gattungsschuld	128
a) Bring-, Schick- und Holschuld	128
b) Konkretisierung bei der Geldschuld	129
c) Konkretisierung beim Kauf	129
d) Konkretisierung und Annahmeverzug	129
e) Bindung an die Konkretisierung	130
4. Stückschuld	131
IV. Vertretenmüssen	131
1. Vertretenmüssen des Schuldners	131
a) Geldmangel	131
b) Übernahme des Beschaffungsrisikos bei der Gattungsschuld	131
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	133
2. Die Verantwortung des Gläubigers	133
3. Vertretenmüssen von Schuldner und Gläubiger	134
V. Gefahrtragung	135
1. Arten der Gefahr	135
2. Bedeutung der Preisgefahr	135
3. Übergang der Preisgefahr	135
a) Annahmeverzug	136
b) Kaufrecht	136
c) Werkvertrag und Dienstvertrag	137
VI. Die Reihenfolge der Prüfung von Leistungsstörungen	138
§ 14 Einzelne Vertragstypen	139
I. Der Kauf	139
1. Rückbindung der Käuferrechte an das Allgemeine Schuldrecht	139
2. Gleichstellung von Sach- und Rechtsmängelhaftung	141
3. Sachmangel	141
4. Nacherfüllungsanspruch des Käufers	145
5. Rücktritt	152
6. Schadensersatzansprüche des Käufers	154
7. Arglist des Verkäufers	156
8. Verjährung	159
9. Verjährung und Ersatzansprüche aus anderem Rechtsgrund	160
10. Ansprüche des Verkäufers	161
a) Sonderregeln	161
b) Freiwilliger Besitzverlust des Käufers	161
c) Vollstreckung des Verkäufers in die Kaufsache	162
11. Verbrauchsgüterkauf	162
12. Regress in der Lieferkette	167
13. Handelskauf	168
II. Andere Schuldverhältnisse	170
1. Werkvertrag	170
a) Erfolgsbezogenheit und »funktionaler« Mangelbegriff	170
b) Abnahmepflicht des Bestellers	171

c) Selbstvornahme der Nacherfüllung	172
d) Schadensersatz	172
e) Verjährung	173
2. Reisevertrag	173
3. Dienstvertrag	174
4. Miete	174
5. Leasing	179
§ 15 Verbraucherschutzrecht	182
I. Ausgangspunkt	182
II. Überblick	182
1. Grundbegriffe	182
2. Unbestellt erbrachte Leistungen	184
3. Einzelne Tatbestände	184
III. Einzelprobleme	185
1. Überrumpelung	185
2. Fernabsatz	186
3. Die Stellung des Verbrauchers nach dem Widerruf	187
4. Widerruf und Vollstreckungsgegenklage	188
5. Richtlinienkonforme Rechtsfortbildung	189
6. Internet-Auktionen	189
§ 16 Unentgeltliche Geschäfte	192
I. Abgrenzung Rechtsgeschäft – Gefälligkeitsverhältnis	192
1. Die Fragestellung	192
a) Rechtsbindungswille	193
b) Gefälligkeitsverhältnis mit rechtsgeschäftlichem Charakter	193
2. Teilfragen	194
a) Haftungsmaßstab	194
b) Ausführungsanspruch	195
c) Haftung bei Ausführung	195
3. Der Lottofall	195
4. Der Pillenfall	196
II. Abgrenzung bei der Schenkung	196
1. Die Vermögenszuwendung bei der Schenkung	196
2. »Schenkungen« und Gegenleistung	197
a) Gegenseitiger Vertrag	197
b) Schenkung unter Auflage	197
c) Bedingte Schenkung	197
d) Zweckschenkung	198
e) Unerhebliche Zweckangabe	198
f) Belohnende Schenkung	198
3. Die gemischte Schenkung	199
III. Die Schwächen des unentgeltlichen Erwerbs	200
1. Unentgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten	200
2. Unentgeltliche Verfügung eines berechtigten Bereicherungsschuldners	200
3. Unentgeltlich erlangter Besitz	201
4. Böbliche Schenkungen des gebundenen Erblassers oder des Ehegatten	202
5. Schenkungen mit Nachteil für einen Pflichtteilsberechtigten	203
6. Dinglich unwirksame Schenkung	203
IV. Rechtsgrundlos = unentgeltlich?	203
1. Das Problem	203
2. Die Gleichstellung bei § 816 I 2 BGB	203
V. Die Schenkung von Todes wegen	204
1. Funktion des § 2301 BGB	204
2. Schenkungen durch Vertrag mit einem Dritten	206
a) Vorrang des Erbrechts?	206
b) Verdrängung des Erbrechts durch § 331 BGB?	206
c) Lösungsvorschlag	207
d) Neuere Rechtsprechung	207
3. Auftrag und Vollmacht über den Tod hinaus	208

4. Nachfolge in eine Personengesellschaft	209
a) Fortsetzung oder Auflösung der Gesellschaft	209
b) Nachfolgeklauseln	210
2. Abschnitt. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	213
§ 17 Übersicht über die Geschäftsführungsverhältnisse	213
I. Arten der Geschäftsführung	213
1. Spezialregelungen	213
2. Geschäftsführung ohne Auftrag	213
3. »Unechte« Geschäftsführung ohne Auftrag	214
II. Geschäftsführung für einen anderen	214
1. Die Zuordnung von Geschäften	215
2. Bedeutung der Zuordnung	215
3. Zuordnungsprobleme	215
a) Die Rechtsprechung	216
b) Bedenken	216
c) Zurückhaltendere Entscheidungen	218
4. Besondere Fallgruppen	218
a) Erfüllung eines Vertrages mit einem Dritten	219
b) Leistungen eines Gesamtschuldners	219
III. Die unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	220
1. Irrtümliche Annahme eines eigenen Geschäfts	220
2. Geschäftsanmaßung	220
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	220
b) Gegenansprüche des Geschäftsführers	221
§ 18 Einzelheiten der Geschäftsführung ohne Auftrag	222
I. Berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung	222
1. Die GoA als Anspruchsgrundlage	222
2. Unterscheidungskriterien	222
a) Interesse und Wille	222
b) Wirklicher und mutmaßlicher Wille	223
c) Der falsch eingeschätzte Wille	223
d) Zusammenfassung	224
II. Rechtsfolgen der Geschäftsführung ohne Auftrag	224
1. Berechtigte GoA	224
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	224
b) Ansprüche des Geschäftsführers	225
2. Unberechtigte GoA	226
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	226
b) Ansprüche des Geschäftsführers	227
III. Schema für die §§ 17 und 18	228
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	229
§ 19 Übersicht über die dinglichen Ansprüche	229
I. Begriff	229
II. Überblick	229
1. Ansprüche auf Herausgabe	230
2. Ansprüche auf Beseitigung und Unterlassung	231
3. Ansprüche auf Befriedigung aus einem Gegenstand	232
4. Weitere dingliche Ansprüche	232
III. Eigenarten der dinglichen Ansprüche	232
1. Fehlen der selbstständigen Abtretbarkeit	232
2. Die Anwendbarkeit weiterer Schuldrechtsnormen	234
a) Hauptnormen des Unmöglichkeitrechts	234
b) Andere Unmöglichkeitsvorschriften	235
c) Schuldnerverzug	235
IV. Die eigene Störungsregelung für dingliche Ansprüche	236
1. Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis bei § 985 BGB	236

2. Weitere gesetzliche Regeln	236
3. Entsprechende Anwendung der §§ 987 ff. BGB bei §§ 894, 1004 BGB	237
V. Zusammenfassung zu III und IV	238
§ 20 Anwartschaften	239
I. Typische Anwartschaften	239
1. Bedingter Erwerb	240
2. Grundstückserwerb vor Eintragung	240
3. Hypothekenerwerb vor Valutierung	240
II. Der Schutz der Anwartschaften	241
1. Der bedingte Rechtserwerb	241
a) Unwirksamkeit von Zwischenverfügungen	241
b) Recht zum Besitz des Erwerbers	242
c) Vereitelung des Bedingungseintritts	242
d) Erweiterungen des gesetzlichen Schutzes	242
e) Schutz gegen Gläubiger des Verkäufers	243
2. Der Auflassungsempfänger vor Eintragung	244
a) Schutz gegen Widerruf	244
b) Schutz gegen Verfügungsbeschränkungen	244
c) Schutz gegen Zwischenverfügungen	244
d) Schutz gegen Übereilung?	246
3. Der Hypothekar vor Valutierung	246
a) Buchhypothek	246
b) Briefhypothek	246
III. Übertragung und Erwerb der Anwartschaft	247
1. Bei bedingtem Rechtserwerb	247
a) Erwerb vom Berechtigten	247
b) Redlicher Erwerb vom Nichtberechtigten	248
2. Anwartschaften im Immobiliarsachenrecht	249
a) Auflassungsempfänger	249
b) Hypothekar vor Valutierung	250
IV. Die Abhängigkeit der Anwartschaften von ihrem schuldrechtlichen Bestandteil	250
1. Bei bedingtem Rechtserwerb	250
a) Insolvenz des Verkäufers	251
b) Insolvenz des Käufers	251
2. Bei Anwartschaften im Immobiliarsachenrecht	251
V. Einzelfragen zur Anwartschaft bei bedingtem Rechtserwerb	252
1. Die Anwartschaft im Haftungsverband	252
2. Die Pfändung der Anwartschaft an beweglichen Sachen	254
VI. Anwartschaft und Anwartschaftsrecht	255
§ 21 Fiduziarische Sicherungsrechte	256
I. Arten der Treuhand und Gründe der Sicherungstreuhand	256
1. Arten der Treuhand	256
a) Verwaltungstreuhand	256
b) Sicherungstreuhand	256
aa) Eigentumsvorbehalt	257
bb) Sicherungsübereignung	257
cc) Sicherungszession	257
dd) Sicherungsgrundschuld	258
2. Sicherungstreuhand und zwingendes Sachenrecht	258
II. Komplikationen bei der fiduziarischen Sicherung	258
1. Unwirksamkeit des Sicherungsvertrages	258
2. Ausbleiben der Valutierung	259
3. Zusammenfassung	260
III. Die Erfüllung der zu sichernden Forderung	260
1. Sicherungsübereignung und Sicherungszession	261
2. Sicherungsgrundschuld	261
IV. Wirkungen des Sicherungszwecks gegenüber Dritterwerbem des Sicherungsguts	262
1. Regel: keine Drittwirkung	262
2. Drittwirkung in Ausnahmefällen	262

a) Eigentumsvorbehalt	262
b) Sicherungsübereignung	262
c) Sicherungszeession	263
d) Sicherungsgrundschuld	263
3. Exkurs: Veräußerung des mit einer Sicherungsgrundschuld belasteten Grundstücks	264
VI. Die fiduziarische Sicherung in Zwangsvollstreckung oder Insolvenz	265
1. Eigentumsvorbehalt	265
2. Andere Sicherungsrechte	265
VI. Die Verarbeitungsklausel bei Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübereignung	266
1. Fremdwirksame Verarbeitung	266
2. Andere Ansichten	267
3. Lösungsvorschlag	268
4. Zum Wertverhältnis bei § 950 BGB	268
VII. Das Bestimmtheiterfordernis bei Sicherungsübereignung und Sicherungszeession	269
VIII. Das Zusammentreffen von verlängertem Eigentumsvorbehalt und Sicherungszeession	270
1. Der Vorrang des Eigentumsvorbehalts	271
2. Gegenargumente	272
3. Zahlung auf das Verkäuferkonto beim Globalzeessionar	272
4. Entreicherung des Globalzeessionars	273
§ 22 Der Erwerb vom Nichtberechtigten kraft Rechtsscheins	274
I. Möglichkeiten des rechtsgeschäftlichen Erwerbs	274
1. Übersicht	274
a) Veräußerer mit Verfügungsbefugnis	274
aa) Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	274
bb) Verfügungsermächtigung und bedingte Weiterveräußerung	275
cc) Widerruflichkeit der Verfügungsermächtigung	275
dd) Pfandflaschen	276
b) Veräußerer ohne Verfügungsbefugnis	277
aa) Nichtberechtigter Veräußerer	277
bb) Berechtigter Veräußerer ohne Verfügungsbefugnis	277
2. Sonderfälle: Wirksamkeit wegen der Nichtberechtigung?	279
a) Minderjährigkeit des Veräußerers	279
b) § 1369 BGB	279
c) Lösungsvorschlag	279
II. Allgemeines zum redlichen Erwerb	280
1. Die Vermutung aus dem Rechtsscheinträger	280
2. Vermutungen bei der Behandlung von Fällen	281
3. Allgemeine Voraussetzungen des redlichen Erwerbs	281
a) Rechtsgeschäftlicher Erwerb	281
b) Verkehrsgeschäft	282
III. Einzelfragen zum Grundbuch	283
1. Widerspruch für einen Nichtberechtigten	283
2. Der Widerspruch bei Veräußerungsketten	283
3. Vormerkung und Widerspruch beim redlichen Erwerb	284
4. Wiederaufladung und spätere Entstehung	285
5. Redlicher Vormerkungserwerb durch den Zeessionar	286
IV. Einzelfragen zum Besitz	287
1. Der Nebenbesitz	287
a) Der Ausgangspunkt der Lehre	287
b) Der Fräsmaschinenfall von BGHZ 50, 45	288
c) Nebenbesitz beim Anwartschaftsrecht?	289
2. Der Geheißerwerb	289
a) Die Übergabe durch einen Dritten auf Geheiß des Veräußerers	289
b) Die Übergabe an einen Dritten auf Geheiß des Erwerbers	290
3. Veräußerung unter Zustimmung des dritten Besitzers	291
4. Guter Glaube an die Verfügungsmacht	291
V. Der Erbschein	292
1. Das Prinzip	292
2. Fallgruppen	292

a) Mobiliarsachenrecht	292
b) Immobiliarsachenrecht	293
c) Forderungserwerb	293
d) Leistung auf eine Nachlassforderung	294
§ 23 Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und der Erbschaftsanspruch	295
I. Zweck der Sonderregelungen	295
II. Übersicht zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	296
1. Unverklagter redlicher Besitzer	296
2. Verklagter oder unredlicher Besitzer	297
III. Die Redlichkeit beim Besitzerwerb durch Gehilfen	297
IV. Verhältnis §§ 985 ff. BGB – Vertrag	298
1. Berechtigter und nicht so berechtigter Besitzer	298
2. Nicht berechtigter Besitzer	299
a) Haftungsmilderung	299
b) Haftungsverschärfung nach § 991 II BGB	299
c) Anderer Fremdbesitzerexzess	299
3. Der nicht mehr berechnigte Besitzer	300
a) Anwendung der §§ 994 ff. BGB	300
b) Gutgläubig erworbenes Unternehmerpfandrecht	300
c) Bedenken	301
d) Lösungsvorschlag	302
V. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Delikt	303
VI. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Bereicherungsrecht	303
1. Sachsubstanz und Übermaßfrüchte	303
a) Sachverbrauch	303
b) Sachveräußerung	303
2. Reguläre Nutzungen	305
a) Bereicherungsansprüche bei nichtiger Veräußerung	305
b) Die Nutzungshaftung Minderjähriger	306
3. Exkurs: Der Eigentumserwerb an Sachfrüchten	307
VII. Besonderheiten beim Erbschaftsanspruch	308
1. Dingliche Surrogation	308
a) Erwerb mit Mitteln der Erbschaft	308
b) Mitverwendung von Eigenmitteln	309
c) Sachfrüchte	309
d) Exkurs: Übersicht zur erbrechtlichen Surrogation	309
2. Andere Einzelheiten des Erbschaftsanspruchs	310
a) Schadensersatz	310
b) Nutzungen	310
c) Verwendungen	311
d) Zahlung von Nachlassschulden aus Eigenmitteln	311
4. Abschnitt. Ansprüche aus Delikt	313
§ 24 Probleme des Deliktsrechts	313
I. Haftung aus Unrecht und Gefährdung	313
II. Haftung aus verschuldetem Unrecht	313
1. Handlungs- oder Erfolgsunrecht?	314
2. Sonstige Rechte bei § 823 I BGB	314
a) Besitz	314
aa) Unmittelbarer Alleinbesitz	314
bb) Besondere Besitzformen	315
cc) Konkurrenzfragen	316
b) Forderungen	316
c) Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	317
aa) Stromkabelfälle	317
bb) Einschränkung der Bewegungsfreiheit	318
cc) Einschränkungen	319
d) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	319
e) Ehe	320
aa) Argumente für die Ablehnung von Ersatzansprüchen	321
bb) Der Gegenstandspunkt	321

cc) Zwischenergebnis	321
dd) Weitere Rechtsbehelfe	322
f) Vereinsmitgliedschaft	322
3. Schutzgesetzverletzungen	323
a) Schutzgesetze	323
b) Der Schutzbereich des Gesetzes	323
4. Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung	324
a) Vorsatz und Schaden	324
b) Vorsatz und Sittenwidrigkeit	325
c) Eingriff in fremde Schuldverhältnisse	325
d) Verhältnis von § 826 BGB zu § 138 BGB	325
III. Die Ergänzung der Ansprüche auf Schadensersatz durch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	326
1. Unterlassungsansprüche	326
2. Beseitigungsansprüche	327
3. Beeinträchtigung durch verkehrsrichtiges Verhalten?	328
IV. Gefährdungshaftung	328
1. Der Haftende	328
2. Probleme der Halterhaftung	329
a) Der Betriebsbegriff	329
b) Höhere Gewalt	329
c) Einschränkung nach dem Schutzzweck?	330
d) Haftungsausschluss gegenüber Nutznießern	331
3. Konkurrenzfragen	331
4. Zivilrechtliche Aufopferungsansprüche nach § 904 BGB	332
V. Beeinflussung durch Vertragsrecht	332
1. Das Problem	332
2. Lösungsvorschlag	333
§ 25 Die Verkehrspflichten	334
I. Die Funktion der Verkehrspflichten	334
1. Die systematische Stellung	334
2. Begründungsfunktionen der Verkehrspflichten	334
3. Lösungsvorschlag	335
II. Begründung und Umfang von Verkehrspflichten	336
1. Verkehrseröffnung	336
2. Einwirkung auf einen bestehenden Verkehr	336
3. Sicherungspflichten außerhalb eines Verkehrs	337
4. Verschärfungen und Erweiterungen der verschuldensabhängigen Produzentenhaftung	338
a) Haftung für Schäden an der Kaufsache selbst	339
b) Haftung für Wirkungslosigkeit	340
c) Der Kupolofenfall	340
d) Der Hondafall	340
e) Der Mehrwegflaschenfall	341
f) Der Milupafall	341
g) Das Hochzeitsessen	341
h) Der Kondensatorfall	342
i) Der Schlackenfall	342
j) Der Pflegebettenfall	343
5. Anwendung der Sicherungspflichten	343
6. Die Herausforderungsfälle	344
III. Zusammenfassung	345
IV. Einzelheiten zur Verkehrspflicht	346
1. Haftung bei Einschaltung von Gehilfen	346
2. Haftung des eingeschalteten Gehilfen	347
3. Abgrenzung zum Verschulden	347

5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	349
§ 26 Übersicht zum Bereicherungsrecht	349
I. Funktionen der §§ 812 ff. BGB	349
1. Bereicherungs- und Rücktrittsrecht	349
a) Der konstruktive Unterschied	349
b) Unterschiede im Haftungsmaßstab	349
2. Bereicherungsfälle ohne Ähnlichkeit zum Rücktrittsrecht	350
II. Wandlungen in der Lehre von der ungerechtfertigten Bereicherung	350
1. Die alte Einheitslehre	350
2. Die neuere Trennungslehre	350
3. Folgerung für die Darstellung	351
§ 27 Die Leistungskondition	352
I. Leistungsbegriff und Wertungsfragen	352
1. Das Abstellen auf den Leistungsbegriff	352
2. Der Rückgriff auf Wertungen	352
II. Einzelne Dreipersonenverhältnisse	353
1. Die Leistungskette	353
a) Nichtigkeit eines Kausalverhältnisses	353
b) Doppelmangel	353
2. Die »Durchlieferung«	354
a) Der Lösungsansatz	354
b) Die Kumulation von Risiken	354
3. Anweisungsverhältnisse	355
a) Die Bedeutungen von »Anweisung«	355
b) Lösung der Normalfälle	355
c) Insbesondere die fehlerhafte Anweisung	355
d) Die angenommene Anweisung	359
4. Versprechen der Leistung an Dritte	360
5. Leistung auf fremde Schuld	361
6. Zession	363
7. Die Brauchbarkeit des Leistungsbegriffs	363
8. Irrtum über den Leistenden	364
a) Der Wille des Leistenden	364
b) Die Sicht des Zuwendungsempfängers	365
c) Lösungsvorschlag	365
III. Gründe für die Leistungskondition	365
1. Conductio indebiti	366
2. Conductio ob causam finitam	366
3. Exkurs: Ausgleichsansprüche bei gemeinsamer Lebensführung	366
a) Fälle mit Zugewinnausgleich	367
b) Fälle ohne Zugewinnausgleich	367
c) Zuwendungen durch Dritte	368
4. Conductio ob rem	369
a) Leistung ohne Verpflichtung	369
b) Leistung zu einem Erfolg jenseits der Erfüllung	369
c) Insbesondere die enttäuschte Vergütungserwartung	369
d) Übertreibungen	370
5. Conductio ob turpem vel iniustam causam	370
6. Conductio sine causa	374
§ 28 Die Eingriffskondition	375
I. Begriff	375
II. Eingriffsobjekt und Eingriff	375
1. Kriterien	375
2. Die sachlichen Unterschiede	375
3. Lösungsvorschlag	376
III. Die Parteien der Eingriffskondition	377
1. Der Gläubiger	377
2. Der Schuldner	378
a) Die unberechtigte Verfügung	378

b) Unberechtigte Nutzungsüberlassung	378
c) Unberechtigter Sachverbrauch	379
IV. Der Inhalt der Eingriffskondition	379
1. Die allgemeine Eingriffskondition	379
2. Der Spezialfall § 816 I 1 BGB	380
a) Der Verfügungserlös	380
b) Der Wert	380
c) Kritik und Lösungsvorschlag	381
d) Sachverbesserungen	381
e) Abzug des gezahlten Preises?	382
3. Zusammenfassung	382
V. Leistung und Eingriff	383
1. Vorrang nur für das durch Leistung Erlangte	383
2. Die Fälle des § 816 I BGB	384
3. Verallgemeinerung auf weitere Fallgruppen?	384
4. Den Erwerberschutz ausschließende Wertungen	385
6. Abschnitt. Einwendungen	387
§ 29 Übersicht	387
I. Einwendung und Einrede	387
1. Die Einrede im Prozessrecht	387
2. Die Terminologie im materiellen Recht	387
3. Die Wirkungsdauer materiell-rechtlicher Einreden	387
II. Funktion einer Einteilung der Einwendungen	388
III. Einteilung von den Ansprüchen her	388
1. Einwendungen gegen alle Ansprüche	388
2. Einwendungen gegen fast alle Ansprüche	389
3. Einwendungen gegen Vertragsansprüche	389
4. Einwendungen gegen Schadensersatzansprüche	390
5. Einwendungen gegen einzelne Ansprüche	390
§ 30 Erfüllung und Erfüllungssurrogate	391
I. Erfüllung	391
1. Der Leistende	391
2. Der Leistungsempfänger	391
3. Das Bewirken der Leistung	392
4. Die richtige Leistung	392
II. Erfüllungssurrogate	393
1. Die Inzahlunggabe gebrauchter Sachen	393
2. Unbare Zahlung	394
3. Teilklagen und Aufrechnung	395
§ 31 Der Verlust von Einwendungen	396
I. Schuldrecht und Sachenrecht	396
II. Übertragung pfandrechtsgesicherter Forderungen	396
1. Akzessorische Pfandrechte	397
2. Die Sicherungsgrundschuld	398
III. Feststellungsverträge	398
1. Rechtliche Bindung	399
2. Folgen der Bindung	399
3. Schriftformerfordernis?	400
4. Exkurs: Sachenrechtliche Feststellungsverträge	400
IV. Fremdfinanzierte Abzahlungsgeschäfte	400
7. Abschnitt. Sonderfragen	403
§ 32 Schadensersatzpflichten aus dem Verhalten Dritter	403
I. Handlungs- und Gefährdungshaftung	403
II. Tatbestandsgruppen	403
1. Haftung für alle zum Ersatz verpflichtenden Handlungen	403
2. Haftung in einer Sonderverbindung	404
3. Haftung außerhalb einer Sonderverbindung	404

a) Haftung für Repräsentanten	405
b) Haftung für Verrichtungsgehilfen	405
c) Ähnliche Haftungsfälle	406
4. Mehrheit von Deliktsbeteiligten	406
III. Einzelfragen der Organhaftung	408
1. Handelsgesellschaften	408
2. Andere Personenvereinigungen	408
a) BGB-Gesellschaft	408
b) Nichtrechtsfähiger Verein	410
3. Organhaftung bei Überschreitung der Vertretungsmacht?	410
IV. Einzelfragen zu § 278 BGB	411
1. Sonderverbindung	411
a) Dingliche Ansprüche	411
b) Nachbarliches Gemeinschaftsverhältnis	411
c) Andere Fallgruppen	412
2. Einschaltung durch den Schuldner	412
3. Grenzen des § 278 BGB	413
a) Die Reichweite der Garantie des Schuldners	413
b) Der Umfang der Verpflichtung des Schuldners	414
c) Insbesondere das Herstellerverschulden beim Kauf	414
4. Der gesetzliche Vertreter	415
V. Einzelfragen zu § 831 BGB	416
1. Die Weisungsgebundenheit	416
2. Die Exkulpation	416
3. Aufsichts- und Organisationspflichten	417
§ 33 Probleme des Schadensrechts	418
I. Aufbaufragen	418
II. Schadensbegriff und Ersatzarten	418
1. Die beiden Möglichkeiten der Schadensberechnung	418
2. Integritäts- und Wertinteresse	419
3. Prognosefehler bei § 251 II BGB	420
III. Vermögens- und Nichtvermögensschaden	421
1. Naturalrestitution	421
2. Kommerzialisierung	421
a) Die Fragestellung	421
b) Der Seereisefall	422
c) Entschädigung für Nutzungsentgang	422
d) Freizeit und Urlaub	426
3. Erweiterung des § 253 II BGB	427
4. Verdrängung des § 253 I BGB durch das Grundgesetz	427
5. Entgangene Gegenleistung für eine Benutzungserlaubnis	428
IV. Die Tendenzen zum Ersatz von Drittschaden	429
1. Drittschaden und mittelbarer Schaden	429
2. Sonderregelungen	429
3. Haftungsinteresse	431
4. Schadensliquidation im Drittinteresse	431
5. Verträge mit Schutzwirkung für Dritte	432
6. Abgrenzungsfragen	432
7. Einzelheiten	433
a) Drittschadensliquidation	433
b) Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	434
8. Ansprüche Dritter bei Nichterfüllung?	436
V. Die Wirkung von Reserveursachen (»hypothetische Kausalität«)	437
1. Der Ausgangspunkt	437
2. Der Streitstand	437
3. Berufung auf rechtmäßiges Alternativverhalten	438
VI. Vorteilsausgleichung	439
1. Adäquanz?	439
2. Fallgruppen	440

a) Mangel an Kausalität zwischen Vor- und Nachteil	440
b) Vom Geschädigten »erkaufte« Vorteile	440
c) Freiwillige Zuwendungen Dritter	440
d) Eigene überpflichtmäßige Anstrengungen des Geschädigten	441
3. Der ausgleichsbegründende Zusammenhang	441
4. Vorteilsausgleichung und normativer Schaden	442
VII. Vorhaltekosten	442
1. Berücksichtigung von Vorhaltekosten	442
2. Bedenken	443
VIII. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	443
1. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	443
a) Kind und Eltern	443
b) Andere Wege zur Entlastung des Schädigers	444
c) Abwägung	444
d) Aufsichtspflichten	445
e) Konkurrenz von Vertrags- und Deliktsansprüchen	445
2. Insbesondere die Bewährungsgehilfen	446
3. Unnötige Mietwagenkosten	446
§ 34 Verwendungen auf fremde Sachen	447
I. Terminologie	447
1. Aufwendungen	447
2. Verwendungen	447
II. Arten der Verwendungen	448
III. Übersicht über die Rechtsfolgen aus Verwendungen	449
1. Inhalt des Verwendungsersatzes	450
2. Wegnahmerecht	450
IV. Grundlagen für Ansprüche auf Verwendungsersatz	451
1. Vertrag	451
2. Überbau	451
3. Verarbeitung	452
4. Geschäftsführung ohne Auftrag	452
5. Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und Erbschaftsanspruch	452
V. Insbesondere die Kondition von Verwendungen	452
1. Arten der Bereicherungsansprüche	452
a) Leistungskondition	453
b) Verwendungskondition aus § 951 BGB	453
c) Verwendungskondition außerhalb von § 951 BGB	455
2. Das Problem der aufgedrängten Bereicherung	456
3. Begrenzung der Verwendungskondition	457
4. Abgrenzung der Aufwendungskondition	457
VI. Einzelfragen zum Wegnahmerecht	458
1. Gründe und Durchführung der Wegnahme	458
2. Wegnahmerechte und § 951 I 2 BGB	458
3. Wegnahmerecht des Nichtbesitzers?	458
§ 35 Der Rückgriff (Regress)	460
I. Übersicht	460
1. Rückgriffstechniken	460
a) Legalzession	460
b) Pflicht zur rechtsgeschäftlichen Abtretung	460
c) Besondere Rückgriffsansprüche	461
d) Kombinationsregresse	461
e) Allgemeine Rückgriffskondition	461
2. Rückgriffsgründe	461
a) Besondere Rückgriffsgründe	461
b) Allgemeine Rückgriffskondition	462
II. Einzelfragen zu § 426 BGB	463
1. Zweifel um den Anwendungsbereich von § 426 BGB	463
2. Lösungsvorschlag	464
3. Gleichheit des Schuldinhalts?	464

4. Ansprüche auf Veräußerungserlös und Schadensersatz	465
5. Gestörte Gesamtschuld	466
a) Lösung zulasten des privilegiert haftenden Schädigers	466
b) Andere Lösungsmöglichkeiten	467
c) Lösungsvorschlag	468
d) Ähnliche Problemlagen	468
III. Sonderfragen beim Rückgriff des Bürgen	469
1. Bürgschaft und Pfandrecht	469
2. Bürgschaft und Gesamtschuld	470
IV. Der Rückgriff nach Geschäftsführungs- und Bereicherungsrecht	471
1. Rückgriff aus besonderen Gründen	471
2. Abgrenzung zwischen Leistungs- und Rückgriffskondition	472
3. Voraussetzungen der Rückgriffskondition	473
4. Der »aufgedrängte« Rückgriff	474
Gesetzesregister	477
Sachregister	489
Besonders wichtige Entscheidungen	505

